

Betreuungsrecht kompakt

Brosey / Lesting / Loer / Marschner

9. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-77543-7
C.H.BECK

Betreuungsrecht kompakt

Systematische Darstellung
des gesamten Betreuungsrechts

Von

Prof. Dr. Dagmar Brosey

Dr. Wolfgang Lesting

Annette Loer

Dr. Rolf Marschner

beck-shop.de
9. Auflage 2022
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Brosey/Lesting/Loer/Marschner *BetreuungsR* Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77543 7

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck, Bindung und Umschlaggestaltung:
Druckerei C.H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 9. Auflage

Mit der 9. Auflage unserer bewährten kompakten Darstellung des Betreuungsrechts werden die mit dem Gesetz zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 4.5.2021 erfolgten Änderungen des Betreuungsrechts zum 1.1.2023 vollständig eingearbeitet. Mit diesen Änderungen werden nicht nur die Vorschriften im Familienrecht des BGB neu nummeriert und strukturiert. Vielmehr wird auch das Ziel verfolgt, das Selbstbestimmungsrecht und das Erforderlichkeitsprinzip zu stärken. Daher wird ausdrücklicher als im bisherigen Betreuungsrecht der Wille und der Wunsch der Betroffenen zum zentralen Maßstab des Handelns der Betreuerinnen und Betreuer sowie aller anderen Akteure des Betreuungsrechts gemacht. Damit werden die Vorgaben des Art. 12 der UN-Behindertenrechtskonvention im Betreuungsrecht umgesetzt. Mit dem Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) werden alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Betreuungsrechts in einem neuen Gesetz zusammengefasst. In diesem Gesetz sind erstmals die Registrierung und der Nachweis einer ausreichenden Sachkunde als Voraussetzung der Tätigkeit beruflicher Betreuerinnen und Betreuer geregelt.

Aus unserem Team ist Dr. Andreas Jürgens ausgeschieden, weil er sich beruflich anderen Aufgaben widmet. Er hat seit der 1. Auflage maßgeblich zu dem Erfolg unseres Werks beitragen, wofür ihm Verlag und die übrigen Autorinnen und Autoren danken. Zugleich begrüßen wir Frau Prof. Dr. Dagmar Brosey im Kreis der Autorinnen und Autoren.

Mit der vorliegenden systematischen Darstellung wollen wir alle Akteure, unabhängig ihres fachlichen Hintergrunds, in die gesetzlichen Regelungen, Ziele und Anliegen des Betreuungsrechts einführen. Wir haben uns bemüht, kompakt das Wichtigste zu erfassen, aber auch in der Praxis häufiger auftauchende Probleme zu erörtern. Rechtsprechung und Literatur konnten bis März 2022 berücksichtigt werden.

Köln, Oldenburg, Hannover, München, im Mai 2022

Inhalt

Vorwort zur 9. Auflage	V
Bearbeiterinnen und Bearbeiter	XIII
Abkürzungen	XV
Literatur	XIX

A. Einleitung

B. Voraussetzungen der Betreuerbestellung

I. Betreuungsbedarf – Nichtbesorgenkönnen seiner Angelegenheiten	13
II. Vorliegen einer Krankheit oder Behinderung	16
1. Krankheiten	19
2. Behinderungen	20
3. Körperliche Behinderungen	21
III. Kausalität	22
IV. Veto durch Vorrang des freien Willens	22
V. Erforderlichkeit und Subsidiarität der Betreuerbestellung	24
1. Unterstützung und gesetzliche Vertretung	26
2. Ehegatten-Notvertretungsrecht in Gesundheitsangelegenheiten	27
3. Vollmacht	28
4. Andere Hilfen	31

C. Umfang der Betreuerbestellung und die Auswahl des Betreuers

I. Umfang des Aufgabenkreises	35
1. Folgen des Aufgabenkreises	36
2. Unzulässige Aufgabenbereiche	37
3. Flexibilität, Bedarfsorientierung und Praktikabilität	38
4. Einzelbeispiele von Aufgabenbereichen	39
5. Kritische Aufgabenbereiche	41
6. Aufgabenbereich: Kontrolle	43
II. Auswahl des geeigneten Betreuers	45
1. Wunsch	46
2. Eignung	48
3. Persönlicher Kontakt	50
4. Ungeeignete Personen	50
5. Besondere Anforderungen an Betreuer	51
III. Verhinderungs- und Ergänzungsbetreuer	53
1. Tatsächliche Verhinderung	53
2. Rechtliche Verhinderung	54
3. Betreuung durch Betreuungsverein oder Betreuungsbehörde	55
4. Verpflichtung zur Übernahme	55
IV. Voraussetzungen für die Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts	56

Inhalt

D. Änderungen und Ende der Betreuerbestellung	
I. Aufhebung und Änderung der Betreuerbestellung	61
II. Entlassung des Betreuers	63
III. Ende und Abwicklung der Betreuung	67
E. Die Wahrnehmung der Aufgaben durch den Betreuer	
I. Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit	69
II. Maßgebliche Pflichten des Betreuers	70
1. Allgemeines	70
2. Erforderlichkeitsgrundsatz	71
3. Wunschbefolgung	73
4. Schutz vor Selbstgefährdung	77
5. Mutmaßlicher Wille	79
6. Zumutbarkeit	80
7. Kontakt- und Besprechungspflicht	81
8. Rehabilitationsgrundsatz	82
III. Rechtsgeschäftliches Handeln	82
1. Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter des Betreuten	83
a) Umfassende Vertretungsmacht des Betreuers	83
b) Grenzen der Vertretungsmacht – geschäftsähnliche Handlungen	85
c) Einschränkungen der Vertretungsmacht	85
d) Vertretung im Zivilprozess und anderen Verwaltungs- oder Sozialverfahren	86
e) Vertretung im Strafverfahren	88
2. Betreuerhandeln bei angeordnetem Einwilligungsvorbehalt	89
a) Die Einwilligung des Betreuers	89
b) Die Folgen fehlender Einwilligung	90
c) Einwilligungsfreie Willenserklärungen	91
IV. Aufgaben der Personensorge	92
1. Überblick – Allgemeines	92
2. Gesundheitssorge – Heilbehandlung, Untersuchung, ärztlicher Eingriff	93
a) Allgemeines	93
b) Entscheidungsgrundlage für den Betreuer	95
c) Aufgabe des Betreuers	96
3. Patientenverfügung	100
4. Genehmigungspflichtige Entscheidungen nach § 1829 BGB	103
5. Sterilisation	105
6. Schutz der Wohnung als Lebensmittelpunkt	107
7. Umgangsrecht	111
V. Aufgaben der Vermögenssorge	112
F. Sonstige Rechte und Pflichten des Betreuers	
I. Haftung des Betreuers	117
1. Haftung gegenüber dem Betreuten	117
a) Haftung für Pflichtverletzung bei der Betreuungsführung	117
b) Haftung bei Vereins- und Behördenbetreuung	122
2. Haftung gegenüber Dritten	123
a) Haftung wegen Aufsichtspflichtverletzung	123
b) Haftung bei rechtsgeschäftlichem Handeln	123

Inhalt

3. Absicherung durch Haftpflichtversicherung	124
4. Haftung des Betreuers aus öffentlich-rechtlichen Vorschriften	125
II. Vergütung und Aufwendungsersatz	125
1. Überblick	125
2. Aufwendungsersatzanspruch	126
a) Ersatzfähige Aufwendungen	126
b) Berufliche Dienste	129
c) Aufwandspauschale	130
d) Ausschlussfrist für Geltendmachung der Ansprüche	131
3. Vergütungsanspruch für berufliche Betreuer	133
a) Voraussetzungen der Vergütung	133
b) Fallpauschalen	133
c) Vergütung in Sonderfällen	145
d) Für die Führung der Betreuung nutzbare Kenntnisse	145
4. Einzelvergütung	147
5. Eintritt der Staatskasse bei Mittellosigkeit	148
a) Mittellosigkeit	148
b) Einzusetzendes Vermögen	148
c) Forderungsübergang zu Gunsten der Staatskasse	151
6. Verfahren bei Aufwendungsersatz und Vergütung	152
7. Vergütung für Vereinsbetreuer, Betreuungsvereine, Behördenbetreuer und Betreuungsbehörde	153
III. Fürsorge und Aufsicht durch das Betreuungsgericht	154
1. Die Aufgaben des Betreuungsgerichts	154
2. Informationspflicht des Betreuers – Berichte	156
a) Persönliche Verhältnisse des Betreuten	156
b) Vermögensverhältnisse des Betreuten	157
G. Das gerichtliche Verfahren in Betreuungssachen	
I. Überblick	159
II. Zuständigkeit	159
1. Sachliche Zuständigkeit	160
2. Örtliche Zuständigkeit	160
3. Internationale Zuständigkeit	162
4. Funktionelle Zuständigkeit	163
III. Verfahrensablauf	164
1. Verfahrenseinleitung	164
2. Weiterer Verfahrensverlauf	165
3. Verfahrensende	166
IV. Beteiligte	166
1. Muss-Beteiligte kraft Gesetzes	167
2. Kann-Beteiligte kraft Hinzuziehung	167
3. Rechte und Pflichten der Beteiligten	168
V. Rechtsstellung des Betroffenen	169
1. Verfahrensfähigkeit	169
2. Rechte des Betroffenen	170
VI. Stellung und Aufgaben des Verfahrenspflegers	172
VII. Anhörung der Betreuungsbehörde	177
VIII. Gutachten und ärztliches Zeugnis	178
1. Überblick	178
2. Gutachten	178

Inhalt

3. Ärztliche Gutachten des Medizinischen Dienstes	184
4. Ärztliches Zeugnis	184
5. Zwangsmittel	185
IX. Anhörung des Betroffenen	187
1. Überblick	187
2. Vorbereitung der Anhörung	188
3. Durchführung der Anhörung	189
a) Persönliche Anhörung in der üblichen Umgebung	189
b) Inhalt der Anhörung	190
c) Anwesenheit Dritter bei der Anhörung	191
d) Anhörung im Wege der Rechtshilfe	191
e) Weitere Anhörung	192
f) Vorführung des Betroffenen	192
g) Unterbleiben der persönlichen Anhörung	193
X. Sonstige Ermittlungen	194
1. Amtsermittlung	194
2. Anhörung nahestehender Personen	195
XI. Das Verfahren der Betreuerauswahl	196
XII. Die Entscheidung des Betreuungsgerichts	197
1. Inhalt der Entscheidung	197
2. Bekanntgabe	199
3. Eintritt der Wirksamkeit	200
XIII. Beratung und Verpflichtung des Betreuers	201
XIV. Gerichtliche Genehmigungen	203
1. Überblick	203
2. Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen	204
a) Untersuchung, Heilbehandlung oder ärztlicher Eingriff	204
b) Abbruch lebenserhaltender Maßnahmen	205
3. Sterilisation	206
XV. Einstweilige Maßnahmen	207
1. Einstweilige Anordnung	208
a) Voraussetzungen	208
b) Gerichtliche Entscheidung	209
c) Dauer	210
2. Einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit	210
XVI. Rechtsmittelverfahren	210
1. Beschwerdeberechtigte	211
a) Betroffener	212
b) Verfahrenspfleger	212
c) Betreuer und Vorsorgebevollmächtigter	212
d) Nahe Angehörige und Vertrauenspersonen	213
e) Nicht beteiligte Dritte	214
f) Betreuungsbehörde	214
g) Staatskasse	214
2. Einlegung und Begründung der Beschwerde	215
3. Das Beschwerdeverfahren	216
4. Die Beschwerdeentscheidung	219
5. Die Rechtsbeschwerde	220
XVII. Änderungs-, Aufhebungs- und Verlängerungsverfahren	221
1. Erweiterung	221
2. Aufhebung und Einschränkung	222

Inhalt

3. Bestellung eines weiteren Betreuers	224
4. Verlängerung	224
5. Entlassung des Betreuers und Bestellung eines neuen Betreuers	226
XVIII. Mitteilungen und Akteneinsichtsrecht	226
1. Mitteilungen	226
a) Allgemeine Mitteilungspflichten	227
b) Mitteilungen an die Meldebehörde	228
c) Mitteilungen an die Betreuungsbehörde	228
d) Mitteilungen zur Strafverfolgung	228
2. Akteneinsichtsrecht	228
H. Unterbringung und Unterbringungsverfahren	
I. Gesetzgebungsgeschichte	231
1. Verfassungsrechtliche und völkerrechtliche Vorgaben	231
2. Betroffener Personenkreis und statistische Bedeutung	233
3. Zielsetzung des Gesetzgebers	234
II. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Unterbringung	235
1. Der Begriff der Freiheitsentziehung	235
2. Unterbringung	238
a) Allgemeines	238
b) Selbstgefährdung	241
c) Notwendige Heilbehandlung	243
3. Freiheitsentziehende Maßnahmen	245
a) Anwendungsbereich	246
b) Materiell-rechtliche Voraussetzungen	249
4. Ärztliche Zwangsmaßnahmen	250
a) Anwendungsbereich	251
b) Voraussetzungen der Einwilligung	252
III. Das Unterbringungsverfahren	254
1. Anwendungsbereich	254
2. Zuständigkeit	256
a) Sachliche Zuständigkeit	256
b) Örtliche Zuständigkeit	256
c) Internationale Zuständigkeit	257
3. Beteiligte	257
4. Verfahrensfähigkeit	258
5. Verfahrenspfleger, Rechtsbeistand	258
6. Rechtliches Gehör	260
7. Sachverständigengutachten	261
a) Sachverständigengutachten bei Unterbringung	261
b) Sachverständigengutachten bei ärztlichen Zwangsmaßnahmen ..	263
c) Sachverständigengutachten bei freiheitsentziehenden Maßnahmen	263
8. Vorführung, Unterbringung zur Begutachtung	264
9. Die gerichtliche Unterbringungsentscheidung	264
a) Zivilrechtliche Unterbringung	264
b) Öffentlich-rechtliche Unterbringung	265
c) Inhalt der Entscheidung	265
d) Bekanntgabe der Entscheidung	266
e) Wirksamkeit der Entscheidung	266
f) Mitteilung von Entscheidungen	267
10. Vorläufige Unterbringungsmaßnahmen	267
a) Einstweilige Anordnung	267

Inhalt

b) Unterbringung durch das Gericht nach § 1867 BGB	270
11. Das Rechtsmittelverfahren	272
a) Art des Rechtsmittels	272
b) Einlegung der Beschwerde	273
c) Beschwerdeberechtigung	273
d) Beschwerdeverfahren	274
12. Gewalt bei der Zuführung zur Unterbringung	274
a) Gerichtlich angeordnete Vorführungen	274
b) Zuführung zur Unterbringung	274
13. Beendigung und Verlängerung der Unterbringung	275
a) Beendigung durch Fristablauf	275
b) Verlängerung der Unterbringung	275
c) Beendigung vor Fristablauf	276
IV. Vollzug der Unterbringung und Rechtsschutz im Vollzug	278
1. Begriffsbestimmung	278
2. Vollzug der öffentlich-rechtlichen Unterbringung	279
3. Vollzug der zivilrechtlichen Unterbringung	279
4. Vollzug der Unterbringung nach § 1867 BGB	281
5. Rechtsschutz im Vollzug	281
a) Öffentlich-rechtliche Unterbringung	281
b) Zivilrechtliche Unterbringung	282
I. Kosten in Betreuungs- und Unterbringungssachen	
I. Grundsätze	283
II. Gerichtskosten	283
III. Außergerichtliche Auslagen	284
J. Betreuungsbehörden und Betreuungsvereine	
I. Betreuungsbehörden	287
1. Vorbemerkung	287
2. Zuständigkeit der Betreuungsbehörde	288
a) Behördenaufbau	288
b) Örtliche Zuständigkeit	288
3. Aufgaben der Betreuungsbehörde	289
a) Überblick über den Aufgabenbereich	289
b) Datenschutz	289
c) Beratung, Unterstützung, Fortbildung	290
d) Mitteilung an das Betreuungsgericht	292
e) Unterstützung des Betreuungsgerichts	293
f) Registrierung beruflicher Betreuer	294
II. Betreuungsvereine	296
1. Anerkennung der Betreuungsvereine	296
a) Die Voraussetzungen der Anerkennung	297
b) Formelles Anerkennungsrecht	299
2. Aufgaben der anerkannten Betreuungsvereine	300
a) Aufgaben der anerkannten Betreuungsvereine kraft Gesetzes	300
b) Aufgaben der anerkannten Betreuungsvereine kraft gerichtlicher Bestellung	302
3. Datenschutz – Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Verein und Vereinsbetreuer	302
Sachverzeichnis	305